

FERDINAND BITZ

**DEMOKRATIE
IM
BURNOUT**

Über den Autor:

Dr. Ferdinand Bitz M.A., Dipl.-Psychol., Dipl.-Verw., Staatsexamen; Jahrgang 1957. Beruflicher Werdegang: 1984–1988 Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Dr. Josef Hitpaß (Institut für Erziehungswissenschaft U Bonn & Institut für Bildungs- und Begabungsforschung U Köln), 1988–1989 Wissenschaftlicher Mitarbeiter von Prof. Dr. Erich E. Geißler (Institut für Erziehungswissenschaft U Bonn), 1989–1990 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Bildung 2000« (Vorsitz: PSts a.D. Eckart Kuhlwein), 1990–1991 Referent bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Präsident: Klaus H. Murmann), 1991–1998 Gutachter im Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, 1999–2000 Referent bei der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages (Claire Marienfeld), 2000–2002 Büroleiter von Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Rudolf Seiters BM a.D., 2002–2003 Leiter des Fachbereiches »Bildung, Forschung, Wissenschaft, Umwelt und Reaktorsicherheit« im Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, 2003–2005 Leiter des Sekretariats der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Kultur in Deutschland« (Vorsitz: Gitta Connemann), 2005–2006 Leiter des Sekretariats des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (Vorsitz: BMn a.D. Edelgard Bulmahn), 2006–2009 Leiter des Büros des Direktors beim Deutschen Bundestag (Staatssekretär Dr. Hans-Joachim Stelzl), 2009–2010 Leiter »Planungsgruppe, Reden und Texte« im Bundespräsidialamt (Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler), 2010–2023 Leiter des Sekretariats des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages (Vorsitze: PSts'n a.D. Dagmar G. Wöhr, BM a.D. Dr. Peter Ramsauer, Dr. Christoph Hoffmann). Lehraufträge an der U Bonn und der IUBH Bad Honnef.

FERDINAND BITZ

**DEMOKRATIE
IM
BURNOUT**



**Bibliografische Information
der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese
Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



ISBN 978-3-95768-258-1

© 2024 Lau-Verlag & Handel KG, Reinbek
www.lau-verlag.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung
und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet,
vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagentwurf: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Umschlagabbildung: © iStock.com/Pakhnyushchyy
Satz und Layout: pl, Lau-Verlag, Reinbek
Druck und Bindung: Finidr, s.r.o.
Printed in Czech Republic

Inhalt

Vorwort	7
1. Demokratien in der Krise oder vor dem Kollaps?	11
2. Vom Niedergang des Homo politicus und vom Aufstieg des Homo novus	29
2.1 Homo oeconomicus: Vermessung und Vermarktung des falschen Glücks	31
2.2 Homo artificialis: Algorithmen statt Argumente	94
2.3 Homo ludens: Erziehung zur Unmündigkeit	146
3. Anything goes & Anywhere bullshit – Warum noch vernünftig sein?	189
4. Treibhauseffekte der politischen Unvernunft	203
4.1 »Vox Populi« regiert – Renaissance des Ressentiments	206
4.2 »How dare you!« – Aufrüstung zur entrüsteten Gesellschaft	237
4.3 Postdemokratie im Faktencheck: In welcher Verfassung befinden wir uns?	266
5. Ausblicke auf eine »Post-Tipping-Point-Governance«	331
5.1 Die chaotische Welt eines »Mad Max«: Patchworld und Polykratie	338
5.2 Die dystopische Welt eines »Homo Deus«: Transhumanismus und Technopolis	351
5.3 Die utopische Welt eines »Global Village«: Weltethos und Weltrepublik	362

6. »Democracy reloaded«? – Zurück zu Freiheit und Vernunft!	385
Literaturverzeichnis	393

Vorwort

Die »Achsenzeit« (Karl Jaspers) der Reflexivität war die prämoderne Welt von vorgestern, die »Sattelzeit« (Reinhart Koselleck) der Rationalität war die moderne Welt von gestern und die postmoderne Welt von heute, so jedenfalls meine Interpretation, scheint eine »Mantelzeit« der Unvernunft zu werden. Der Meisterdenker über Biopolitik und Governmentalität, Michel Foucault, beschreibt unsere Welt sogar als Anstalt für tolle Menschen, in der »jede Vernünftigkeit ausgelöscht« ist und der Wahnsinn der nackten Macht regiere. Seit der epochalen Zeitenwende von 1989 ist unsere Welt unübersehbar mehr und mehr aus den Fugen geraten. Die Möglichkeit der ökologischen Apokalypse bedroht das antiquierte Fortschrittsmodell von Wachstum und Wohlstand und dazu korrespondierend dominiert eine frivole Panik unsere gefühlte Grundstimmung. Die Politik hat sich dem Schlafnarrativ vom Ende der Geschichte angepasst und einen ideologischen Paradigmenwechsel vorgenommen. Im blinden Vertrauen auf die Substanz setzt man bequem auf betreute Adaption statt auf zumutende Vision. Die Geschichte ist aber keine Sparkasse des Weltgeistes, in der man als Rentier sicher im Keller sitzen und in Ruhe den ererbten Bestand an »Talenten« im Tresor zählen darf. Vom Mythos eines autopoietischen Fortschritts verblendet, scheint uns Kellerkindern entgangen zu sein, dass sich die deliberative Demokratie als vernunftbegründete Regierungs- und Lebensform mit universalem Geltungsanspruch weltweit längst in einer Regression befindet. Man kann sich bequem in der Willkommenskultur der neuen Weltunordnung einrichten, man kann sich aber auch engagiert dagegen stemmen und allen Demokraten zurufen: »Auf die Schiffe!« Letzteres ist die Intention dieser Publikation.

Auslöser für diese Streitschrift waren zwei konkrete Ereignisse der Zeitgeschichte. Das war zum einen der sogenannte »Sturm auf den Reichstag« am 29. August 2020 im Kontext einer Anti-Corona-Demonstration von »Querdenkern«, und zum anderen die Erstürmung des Kapitols in Washington am 6. Januar 2021 durch eine Horde von verschwörungstheoretisch irreführten Barbaren. Hans Magnus Enzensberger hatte gegen Ende seiner ungehaltenen Rede vor dem Deutschen Bundestag aus dem Jahre 1984 hellsichtig Szenarien der »elementaren Wucht von Gefühlen« am Horizont aufziehen sehen, »vor denen kein Saalordner und keine Sicherungsgruppe« die Abgeordneten werde schützen können. Das schier

Udenkbare ist vor den Augen der Öffentlichkeit zum real Möglichen geworden; glücklicherweise konnten einige Beherzte das Schlimmste noch einmal verhindern.

Ich gehöre einer Generation mit einem erlebten Bild und vorgelebten Leitbild von Demokratie an, das aus der Ära von Willy Brandt stammt und das er in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 mit der Vision von »Mehr Demokratie wagen« untrennbar verbunden hat. Willy Brandt hat uns damals charismatisch Hoffnung zum Mitmachen gemacht, denn, so sein Diktum: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Dieser Anspruch ist und bleibt zumindest für mich die Messlatte, an der sich unsere Demokratie heute wird messen lassen müssen. Es ist insofern die Sorge um den ungunen Zustand und die unsichere Zukunft unserer Demokratie, die mich umtreibt und zu dieser Streitschrift motiviert hat. Darüber streiten sollten, ja müssen wir, denn der öffentliche Diskurs ist das Lebenselixier einer jeden deliberativen Demokratie.

In einer Hausmitteilung der Bundestagsverwaltung vom 29. Juli 2022 wird mitgeteilt, dass am Reichstagsgebäude ab sofort die Kuppelbeleuchtung »nachts ausgeschaltet« werde, ebenso die an den Außenfassaden und in den Hallen. Was dem Gebot des Energiesparens geschuldet ist, hat natürlich auch eine symbolische Dimension, denn man kann, dem Möglichkeitssinn freien Lauf lassend, ein Szenario des energetischen »Lockdown« oder gar eines »Burnout« imaginieren, in dem auch im politischen Parlament einmal die Lichter ausgehen werden. In Dunkelzeiten wie den unsrigen sind darum alle Demokraten aufgefordert, mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement unserer Demokratie neue Energie zuzuführen und sie wieder in hellem Licht erstrahlen zu lassen, damit der Deutsche Bundestag über das diesjährige Gedenken an seine konstituierende Sitzung unter dem Motto »75 Jahre Demokratie lebendig« hinaus das Attribut »lebendig« auch in Zukunft noch wird feiern können.

Mein ganz besonderer Dank gilt Willi J. Lau und Patrick Lau vom Lau-Verlag Reinbek, die das Risiko der Veröffentlichung und die Mühen der Verlegung nicht gescheut haben.

Berlin, im März 2024

Annotationen zur Textgestalt

(I) Auf die Verwendung einer bestimmten Gendersprache wurde im vorliegenden Text verzichtet, weil der sprachlogische wie gesellschaftspolitische Klärungsprozess zu dieser Form von Sprachspielen dem Autor als noch nicht abgeschlossen erschien. Der Genderstern gehört laut jüngster Entscheidung des Rates für deutsche Rechtschreibung vom Juli 2023 noch »nicht zum Kernbereich der deutschen Orthographie«. Solange die Regeln, wie wir einen Genus so anzuwenden haben, dass sich die Bedeutung im inklusiven Gebrauch logisch kohärent erweist und konsensual erschließt, noch diskursiv ausgehandelt werden, schien es dem Autor ein Gebot des Pragmatismus zu sein, sich jener »old fashioned version« von Sprache zu bedienen, die ihm bisher gute Dienste in der Kommunikation geleistet hat, um nicht als Privatsprache ohne Resonanz zu bleiben. Alle Vernunftwesen, wie immer sie sich biologisch, kognitiv oder sozial verstehen oder konstruieren wollen, mögen sich mit dem grammatischen Geschlecht angesprochen fühlen oder aber, was das Schicksal eines jedes Textes ist, auch nicht.

(II) Was sogenannte Plagiate angeht, hat der Autor versucht, wiewohl dies keine wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Streitschrift ist, dem Codex des Üblichen zu folgen, Zitate mit Rücksicht auf das Recht auf geistiges Eigentum als solche hinreichend kenntlich zu machen. Trotz aller Bemühungen kann freilich nicht ausgeschlossen werden, dass von anderen Autoren vorgedachte Gedanken, die inzwischen zu »common goods« des öffentlichen Diskurses geworden sind, Eingang in den Text gefunden haben, ohne dass dies gesondert kenntlich gemacht wurde. Da jeder Autor als tabula rasa geboren wurde, wäre es ohnedies vermessen, von sich zu behaupten, man habe alles aus sich selbst heraus geboren, auch wenn man bei der Texterstellung kein »artificial intelligence tool«, sondern nur das eigene »biological brain« benutzt hat. Platon zufolge ist alles Wissen nur Wiedererinnerung; insofern gibt es nur gute oder schlechte Mäeutiker. In der kulturellen Blütezeit des Mittelalters galten neue Ideen sogar als verpönt, weil anmaßend und sündig. Das Plagiat war sozusagen der normative Standard und das Abschreiben und Kommentieren stand in dem Ruf, eine hohe wie hochgeschätzte Kunst zu sein, die zu erlernen und zu verbessern Sinn und Streben ganzer Klostergenerationen ausgemacht hat. Um keinen Vordenker zu übergehen, müsste man dem Beispiel der Athener folgen und vorsichtshalber alle Autoren dazu verpflichten, Altäre des Dankes an alle »ungenannten Autoren« zu errichten. Von Montesquieu stammt der demü-

tige Gedanke, dass ein Originalwerk fast immer fünf- oder sechshundert andere hervorbringt, in denen von diesem einen Gebrauch gemacht wird, wie es Mathematiker mit Formeln zu tun pflegen. Grundsätzlich hält es der Autor in der Frage von Originalität und Kopie im Zeitalter von »artificial intelligence« mehr mit der Weisheit des Herrn Keuner von Bertolt Brecht, der erinnerte: »Der chinesische Philosoph Dschuang Dsi verfasste noch im Mannesalter ein Buch von hunderttausend Wörtern, das zu neun Zehnteln aus Zitaten bestand. Solche Bücher können bei uns nicht mehr geschrieben werden, da der Geist fehlt.«

1. Demokratien in der Krise oder vor dem Kollaps?

»Alles ist in die Krise gekommen.« *Karl Jaspers*,
»eine einzige Katastrophe« *Walter Benjamin*

Einst orakelte Karl Marx geschichtsmächtig, ein Gespenst gehe um in Europa, das die Welt aus den Angeln heben werde. Heute, nach der epochalen Zeitenwende von 1989, scheint die ganze Welt aus den Fugen geraten zu sein und es ist ein Gestank, der nicht nur ein geschichtsohnmächtig gewordenes Europa durchzieht. Es ist nicht der virale Verwesungsgeruch von Pest und Pandemie, sondern der beizende Dunst von Asche, der leise aus den Ritzen der Gemäuer ausbrennender Demokratien zieht und unsere postmodern verwöhnten Nasen reizt. Es brauchte den Schock, erst Präsident Donald Trump, dann die Corona-Pandemie und zuletzt den Krieg gegen die Ukraine, um uns von der einullenden Verführungskraft des Shifting-Baseline-Syndroms zu befreien und um das schier »Undenkbare ... denken« zu können (Runciman 2020, 7 ff.), dass nämlich auch Demokratien sterben können. Freund Hein kommt dieses Mal nicht in der bekannten Gestalt einer aggressiven Bedrohung von außen, denn unsere Demokratien sterben offensichtlich von innen her, »langsam und in kaum merklichen Schritten« (Levitsky/Ziblatt 2018, 11).

Eine Analyse ihrer Erosion und drohenden Selbstabschaffung, wozu diese Streitschrift einen Beitrag leisten möchte, darf sich darum nicht mit oberflächlichen Verhaltensanalysen zufrieden geben, wie sie etwa Juan J. Linz in *The Breakdown of Democratic Regimes* (1978) schon sehr früh vorgenommen hat. Sie muss tiefer reichen und systemisch vorgehen, denn neben den altbekannten und hinzugekommenen Despoten und autokratischen Psychopaten gab und gibt es in der jüngeren Vergangenheit viel zu viele »Trumps« auf dem Globus, wie Jair Bolsonaro (Brasilien), Abd al-Fattah Said Husain Chalil as-Sisi (Ägypten), Victor Orban (Ungarn), Jarosław Aleksander Kaczyński (Polen), Recep Tayyip Erdoğan (Türkei). Und leider betreten immer neue Nacheiferer die politische Bühne. Der aktuellste und wohl auch spektakulärste Fall ist Javier Milei, der am 19. November 2023 mit deutlichem Vorsprung die Präsidentschaftswahlen in Argentinien gewonnen hat. Milei, der es liebt, mit der Kettensäge aufzutreten, und sich selbst als »Anarchokapitalist« definiert, hat seine Politik auf folgenden Dollpunkt

gebracht: »Alles muss weg!« Er hat vom Hyperkapitalismus das Prinzip der Disruption übernommen. Seine politische Botschaft ähnelt der der »Gesellschaft der Schatten« aus der Batman-Trilogie und lautet: Panik & Zerstörung. Auch das Wissen darüber, was gut und böse ist, verschwimmt im Schattenreich der »Dark Knights« und »Joker«. In einem Land, das mit 150 % Inflation zu kämpfen hat und in dem 40 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze überleben müssen, war es ihm ein leichtes Spiel, die Wut auf das Versagen und die Verlogenheit des politischen Establishments populistisch in seine Richtung zu lenken. Darüber hinaus gibt es zu viele Staatsmänner, die, wenn auch auf unterschiedliche Weise, wie Premierminister Boris Johnson (GB) und Staatspräsident Emmanuel Macron (F), ein geistiges Klima des elitären Antidemokratismus pflegen und damit der These vom Etikettenschwindel und dem Zeitgeist der »Demokratie« (Petit Robert) Vorschub leisten. Zu lange, zu naiv und mehr unserer Bequemlichkeit denn unserer demokratischen Wachsamkeit und bürgerlichen Verpflichtung zur Wehrhaftigkeit folgend, haben wir den Kronzeugen des Undenkbaren Glauben geschenkt, die uns versichert haben, dass die Ausbreitung demokratischer Ideen mit den Ideen des Fortschrittes gleichzusetzen und damit Selbstläufer seien.

Kurs ohne Kompass: Regression!

Holzschnittartig betrachtet kann man sagen, dass die drei Dekaden nach 1969 in der Tat ein weltweites Sommermärchen für das westlich geprägte Regierungsmodell der Demokratie waren. Demokratie und Parlamentarismus gehören auch heute noch zu den Zauberwörtern des Wörterbuches der Moderne. Es gibt kaum einen Staat, der internationale Anerkennung sucht, der sich nicht als demokratisch verstanden wissen will. Freilich ist bei vielen der Verdacht nicht unbegründet, dass der Terminus Demokratie, gerade weil er ein offenes und kein geschlossenes System mit rasiermesserscharfen Definitionen darstellt, allzu oft und gerne als modernistische Leerformel missbraucht wird. Hinzu kommt, dass die Allianz, welche die politische Idee der Demokratie mit der ökonomischen Idee von Wohlstand und Wachstum eingegangen ist, zu einer fatalen Altlast geworden ist. Sie hat uns die globale Umwelt- und Ressourcenkrise beschert, an der wir uns gerade mühsam abarbeiten müssen. Zudem gibt es alternative Modelle, die durchaus erfolgreich sind, wie das von China. Und auch der ehemalige Superstar »Wirtschaftswunderland Deutschland« mit dem Siegerlabel »Made in Germany« ist heute auf dem besten Weg, auf das Niveau eines

Entwicklungslandes abzusinken. Das Centre for Economics and Business Research (CEBR) sieht Deutschland in seiner Prognose vom Dezember 2023 bereits in den Abstiegsrängen. Japan und Indien werden in der »World Economic League Table« schon bald an uns vorbeiziehen. Die Jahrzehnte der Selbstzufriedenheit und verschlafenen Reformen haben eine selbstgerechte Anspruchskultur hervorgebracht, bei der mehr um die Verteilung denn um die Erwirtschaftung des Wohlstandskuchens gestritten wird. Die uns drohende Deindustrialisierung ist kein böses Gerücht interessierter Insiderkreise, sondern bittere ökonomische Realität, denn immer mehr Innovationen finden woanders statt und immer mehr Investitionen werden woanders getätigt. Der US-Politologe Peter Zeihan raunt in seinem aktuellen Bestseller schon von »the End of Germany«. Was uns heute fehlt, das ist der Mut zum Aufbruch zu neuen Ufern des gesellschaftlichen Zusammenlebens jenseits des ökonomischen Wachstumsmodells. Ab 1989, als angeblich das Ende der Geschichte beginnen sollte und dem globalen Siegeszug der Demokratie als attraktiver Exportschlager schlechthin nichts mehr entgegenzustehen schien, hat ihr dramatischer Niedergang begonnen. Die globale Rezession der Demokratien zeigt sich heute in den verschiedensten Ausprägungsstufen von »breakdown, stability declining, deepening authoritarianism, performing poorly and declining freedom in established democracies« (Diamond 2015). Auch die militärisch-missionarischen Experimente zur Installierung der Demokratie auf dem gesamten Globus sind blutig gescheitert und haben vor Ort mehr oder weniger ein Chaos hinterlassen. Der Fundamentalismus und nicht der Liberalismus ist rüstiger denn je auf dem Vormarsch. Neue aufstrebende Supermächte, wie China und Indien, die eine völlig andere Werteordnung reklamieren, betreten die Weltbühne und bestimmen die Spielregeln.

Hellsichtig hatte Jean-Marie Guéhenno bereits kurz nach der echten Zeitenwende von 1989 die »Libanisierung der Welt« und das »Ende der Demokratie« vorhergesagt. Der Grund dafür ist nach ihm darin zu sehen, dass der Kalte Krieg auf die politischen Institutionen wie ein riesiger Magnet auf Eisenspäne gewirkt habe. Heute sei dieser Magnet »aus dem Spiel und die Späne liegen in wirren Haufen herum« (Guehenno 1993, 10 f.). Wo der Magnetpol fehlt, kann kein Kompass mehr Orientierung geben und seitdem ist die Weltordnung immer stärker aus den Fugen geraten und zu einer Weltunordnung geworden. Wenn »die Hütte brennt« und eine Rückkehr von Donald Trump, dessen missionarischer Mythos vom Wunsch nach Einlösung eines Erlösungsversprechens im Geiste des Terminators (»I'll be back!«) lebt, denkbar wird, sollte auch das bisher Undenkbare, dass Europa sicherheits- und wirtschaftspolitisch in Zukunft auf sich alleine gestellt

sein wird, überdacht werden. Die globalen Bedrohungen türmen sich als neue »Plagen der Menschheit« (Bitz 2013) zu einem tödlichen Tsunami auf. Die Regierungsform Demokratie scheint diesen Herausforderungen offensichtlich nicht gewachsen zu sein; sie erodiert, ja droht auszubrennen. Auch der empirische Befund hierzu lautet uni sono und global: »Demokratien schwächeln nicht nur, sie stehen unmittelbar vor dem Ableben« (Schuppert 2021, 485). Die Corona-Pandemie wurde von vielen Staaten sogar dazu genutzt, wie eine Bertelsmann-Studie aus dem Jahre 2020 belegt, um autoritäre Strukturen zu stärken und rechtsstaatliche Strukturen abzubauen. Die Berichte von Freedom House sehen die Demokratie schon seit 16 Jahren auf dem Rückzug. Das Fazit ihrer Forschungsergebnisse lautet verkürzt gesagt: Unsere Welt wird von Jahr zu Jahr undemokratischer! Dieser Trend wird von dem schwedischen Forschungsnetzwerk »Varieties of Democracy« bestätigt. Jüngst hat der »Atlas der Zivilgesellschaft 2022« von Brot für die Welt konstatiert: »Nur 240 Millionen Menschen (drei Prozent) leben in den 39 offenen Staaten der Welt, in denen zivilgesellschaftliche Grundfreiheiten ... garantiert sind. Das sind zehn Prozent weniger als im Jahr 2020.« Zudem schwindet das Vertrauen der Menschen in die Demokratie, macht sich »Demokratiemüdigkeit« (Arjun Appadurai) breit, weil immer weniger Menschen daran glauben, dass die Politik noch dem Gemeinwohl diene (Hartmann 2017). Fast jeder vierte US-Amerikaner ist heute der Meinung, dass die Demokratie eine schlechte Regierungsform sei (Mounk 2019, 136). Selbst in Deutschland, wo man dem Nachkriegsnarrativ aufgesessen ist, das demokratische System sei für die Ewigkeit etabliert, sind laut IPSOS (2018) sechs von zehn Befragten der Meinung, dass das bestehende System nur die Reichen und Mächtigen fördere. Drei Viertel misstrauen den politischen Parteien; statt Tacheles zu reden, so glauben sie, werde nur heuchlerisch schwadroniert. Der Sicherheitsreport 2022 stellt für Deutschland fest, dass 56 % der Menschen sich Sorgen machen, dass die soziale und politische Spaltung zunehmen könnte. Auch Allensbach (2022) kommt nicht umhin, festzustellen, dass bereits ein Drittel aller Deutschen der Meinung sind, in einer »Scheindemokratie« zu leben. Im Osten glaubt dies sogar jeder Zweite; 28 % fordern hier grundlegende Änderungen.

Laut einer aktuellen Bertelsmann-Studie misstraute 2023 jeder Zweite der befragten 18- bis 30-Jährigen in Deutschland gleichermaßen der Regierung wie dem Parlament. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat aus dieser Not taktisch eine Tugend gemacht und in einer Rede vom 26. Juli 2014 die steile These aufgestellt: »Demokratien sind nicht notwendig liberal. Auch wenn etwas nicht liberal ist, kann es doch eine Demokratie sein.« Er wird von der Brüsseler Elite zwar wie ein »Schmuddelkind« be-

handelt und von den Medien immer wieder totgesagt, hat aber im April 2022 die Wahl nicht nur klar gewonnen, sondern sogar die absolute Mehrheit erreicht. Es geht ein Ruck durch Europa und die Welt. Es ist aber nicht das überfällige »Rucken« von lebendigen und reformbereiten Demokratien, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner viel gewürdigten »Ruck-Rede« am 6. September 2023 im Deutschen Bundestag mit dem Angebot zu einem Deutschland-Pakt versucht hat, sondern es ist ein allgemeiner Rechtsruck. In Frankreich scheint der Marsch der Rechtspopulistin Marine Le Pen an die Macht nur noch sehr schwer aufzuhalten zu sein, und in Italien hat mit Georgia Meloni an der Spitze bereits eine postfaschistische Partei die Regierungsgeschäfte übernommen. Meloni hat erst kürzlich eine Staatsreform angekündigt, mit der eine »Dritte Republik« gegründet werden soll. Das Amt des Ministerpräsidenten würde danach in Direktwahlen vergeben werden, was einer Entmachtung des Staatspräsidenten gleichkäme. In der Schweiz kam es zum Wahlsieg der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und in Slowenien gewann der russlandfreundliche Linkspopulist Robert Fico. Auch die Wahlen in Polen sind nicht so ausgefallen, dass man sich um eine weitere Spaltung der Gesellschaft keine Sorgen machen müsste. In Spanien konnte sich die alte Garde nur an der Regierung halten, indem sie mit ehemals als Staatsfeinde deklarierten Separatisten einen Deal eingegangen ist. Bei den Neuwahlen in den Niederlanden am 22. November 2023 hat der Rechtspopulist Geert Wilders mit seiner Ein-Mann-Partei »Partei für die Freiheit« einen erdrutschartigen Sieg errungen und ist jetzt mit 37 Sitzen stärkste politische Kraft. Auch bei dieser Wahl spielten Ohnmacht und Wut eine große Rolle. Mit dem populistischen Spiel mit der Angst vor migrationsbedingter Überfremdung, sozialem Abstieg und ökonomischen Wohlstandsverlusten konnte Wilders alle Unzufriedenen unter der von Trump ausgeliehenen Fahne »Nederlanders eerst!« versammeln. Und weil es die gleichen Sorgen sind, die laut einer IPSOS-Umfrage vom November 2023 auch die Deutschen beunruhigen, sollten sich alle demokratischen Kräfte ebenfalls Sorgen machen, nicht darüber, ob das »Doomscrolling« nur eine rein gefühlte Depression oder eine real erfahrbare Erosion spiegelt, sondern darüber, wohin bei uns die politische Reise gehen könnte. Wie schnell vermeintlich sichere Bollwerke gegen einen Rechtsruck fallen können, hat die jüngste Parlamentswahl in Portugal im März 2024 gezeigt. Hier haben über 50 % der Wähler rechts gewählt, und die rechtspopulistische Partei Chega (»Genug«) konnte fast jede fünfte Wählerstimme für ihre radikalen Positionen gewinnen. Und selbst wenn die Brandmauern gegen rechts nach diesem Waterloo der demokratischen Altparteien gehalten werden können, droht im günstigsten Fall Neuwahl, im schlimmsten aber Unregierbarkeit.

Frans Timmermans vom rot-grünen Oppositionsbündnis hat noch in der Wahlnacht die Dimension dieses politischen Tsunamis mit aller Deutlichkeit ausgesprochen: »Jetzt bricht die Stunde an, dass wir die Demokratie verteidigen.« Deutschland ist, was den Aufstieg des Populismus und den zunehmenden Rechtsruck angeht, längst keine Insel der Seligen mehr. Das Wahldebakel in Hessen in Verbindung mit den Prognosen für die anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland im Jahr 2024 deutet einen Kipppunkt des Systems an. Ein »Weiter so!« wird sich keine Partei, die nicht nur überleben, sondern auch Verantwortung für unsere Demokratie übernehmen will, länger leisten können. Und auch die selbst ernannten Intellektuellen des Kosmopolitismus müssen sich mit Rücksicht auf den allgemeinen »Rechtsruck« in Europa fragen lassen, wie sie mit ihren fatalen Fehleinschätzungen, was den Aufstieg von Populismus und Antidemokratismus angeht, in Zukunft umgehen wollen, wenn sie selbst noch eine haben wollen.

Anamnese-These: Krise der Vernunft!

Zugegeben, es hat schon früh kritische Stimmen gegeben, aber sie zielten in eine andere Richtung. Wenn Mitte der 1970er ein Bericht »The Crisis of Democracy« titelte, dann bestand die Krise damals darin, dass man die traditionellen Werte im Niedergang begriffen und darin eine Gefahr für das konservative Demokratiemodell gesehen hat. Und wenn 1986 Ulrich Beck mit dem Theorem der »Risikogesellschaft« reüssierte und Bedrohungsszenarien der westlichen Zivilisation aufgezeigt hat, dann handelte es sich bei diesen wegweisenden Beiträgen mehr um wissenssoziologische Aufarbeitungen der rationalen Selbstverständigung der Moderne im Elfenbeinturm der Postmoderne. Um solche Üblichkeiten des »seinesgleichen geschieht« kann es angesichts der Dramatik in dieser Streitschrift nicht gehen. Uns treibt die tiefer gehende Frage um, ob nicht das in der Moderne erbaute Haus der Vernunft und das auf ihr aufgebaute der Demokratie sanierungsbedürftig bzw. schon abbruchreif geworden ist. Wenn wir das aufsteigende Imperium der Unvernunft fürchten, dann verorten wir diese nicht in der banalen Polarität von politischer Weltdummheit einerseits und politischer Weltklugheit andererseits, die sich zumeist in der Bauernschläue erschöpft, die passende »Daumenschraube eines jeden« (Balthasar Gracian) zu finden.

Die Unvernunft, die wir meinen, hat auch nichts gemein mit der naiven Tumbheit der Toren eines Simplex, Don Quijote oder anderen Taugenicht-

sen, die an einem blauen Montag das Land des ewigen Sonntags aufsuchen, in dem die Pomeranzen wachsen. Ausgenommen sind auch die cleveren Dummen, die definitionsgemäß zwar bar jeder Vernunft, dafür aber mit den schauspielerischen Eigenschaften eines Hochstaplers ausgestattet sind und in engem Verhältnis zur Macht immer die Gewinner der Geschichte sein werden, wie die Historikerin Barbara Tuchman in ihrem Bestseller »Torheit der Regierenden« an einigen berühmten Fällen der Weltgeschichte nachgewiesen hat. Diese Art von Dummheit besteht darin, entweder mit zu viel Wissen nichts anfangen zu können oder gegenüber Evidenzen der Wirklichkeit blind bzw. schwerhörig zu sein. Derartige Erscheinungsformen von Klugheit und Dummheit haben viel mit Verstand, aber wenig mit Vernunft zu tun. Die Vernunft, die wir im Rückzug sehen, zielt gerade nicht auf totalitäre Rationalisierung, zweckfunktional verengte und machtpolitische Instrumentalisierung des Denkens, ja, sie erschöpft sich nicht einmal in reiner Begrifflichkeit. Vernunft soll uns wie ein »offenes Konzept« (Schnädelbach 2007, 141) als Dachbegriff dienen, unter dem sich plurale gesellschaftliche Selbstausslegungen zu Hause fühlen können. Sie ist erkenntnistheoretisch kein neurokognitivistisches Emergenzphänomen, sondern nimmt kritisch denkend Bezug auf die menschliche Welt als Anschauung und Praxis und selbstkritisch denkend Rückbezug auf dieses Denken selbst. Sie ist offen für soziale, moralische und politische Fragen. Vernunft nach unserem Verständnis spannt einen intersubjektiven Handlungs- und Entscheidungsraum der Freiheit im kommunikativen Diskurs der verallgemeinerungsfähigen Begründungen auf und bestimmt damit ganz wesentlich die Grundlagen unserer Demokratie. Vernunft, wie wir sie hier zugrunde legen wollen, ist also wesentlich kritische und kommunikative Vernunft. Die in die Jahre gekommene Dialektik der Aufklärung bedarf mit Blick auf ihren traurigen Ist-Zustand, wie sich im weiteren Verlauf der Analysen noch zeigen wird, offensichtlich einer Neuauflage, um den aktuell stattfindenden Umschlag in eine Gegenauflklärung aufdecken und abwehren zu können.

Maßstab der Demokratie: erlebte Freiheit versus erdachte Form

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich vorneweg klarstellen, dass ich in dieser Streitschrift keine quasiontologische Definitions- oder Theoriedebatte darüber führen werde, was die Demokratie an sich ist, denn das, was wir heute unter Demokratie verstehen, ist selbst nur ein »Endprodukt der westlichen Zivilisation« (Sartori 1997, 11) und nur eine Durch-

gangsform mit ungewissem Entwicklungsziel. Die Wiege unserer Demokratie liegt bekanntlich in Griechenland und seiner Polis. Den frühesten Beleg finden wir bei Herodot, der damit mehr oder weniger neutral Formen der Volksherrschaft beschreibt. Spätestens bei Platon setzt sich dann die negative Konnotation einer populistisch-plebiszitären Regierung der Menge bzw. der Masse durch, eine Deutungsform, wie sie später bei Alexis de Tocqueville und Ortega y Gasset unter Rekurs auf das Phänomen der modernen Massengesellschaften im Konzept einer »Hyperdemokratie« wieder aufgegriffen werden sollte. Selbst ein realpolitisch ambitionierter Philosoph wie Aristoteles bevorzugte seinerzeit den Begriff der Politie, in welcher der allgemeine Nutzen oberstes Ziel sein sollte. Eine Mehrheitsdemokratie, wie wir sie kennen, hielt auch er für eine Fehlform im Sinne einer Diktatur der unteren Klassen. Cicero hat uns schließlich noch den Begriff der *res publica* für Regierungsformen überliefert, wonach alles, was eine Gemeinschaft betrifft, von allen, die der Gemeinschaft angehören, beraten und beschieden werden soll. Der berühmte »*volonté générale*« solle mit dem Willen der Herrschenden übereinstimmen. Erst in den modernen Demokratien finden wir den Anspruch auf individuelle Freiheit, die der Staat zu garantieren habe. Ob und wie lange die spezifisch konstitutionell geprägte Gestalt der europäischen Nachkriegsdemokratie und ihre zivilgesellschaftlichen Transformationen überlebensfähig sein werden und sozusagen globaler »Soll-Zustand Europas oder des Westens« bleiben sollen, vermag niemand ernsthaft zu prognostizieren. Der Demokratieforscher Jan-Werner Müller jedenfalls spricht selbstkritisch von einer »tröstlichen Illusion« (Müller 2018, 16). Keine Frage, ein Goldenes Zeitalter der Demokratie hat es nie gegeben, aber im authentischen Erleben von Realisierungsformen der Demokratie hat jede Generation ein eigenes Bild und Leitbild von ihr im Kopf, das er in sich trägt und an dem er Weiterentwicklungen misst. Meines jedenfalls, das dieser Streitschrift zugrunde liegt, stammt aus der Ära von Willy Brandt. Die in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 vorgetragene Vision von »Mehr Demokratie wagen« wird mein Maßstab sein. Es war damals ein historischer Weckruf und zugleich ein Aufruf an alle zum Mitmachen: »Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.« Dieser Anspruch ist also meine Messlatte, an der sich die Demokratie in der Berliner Republik wird messen müssen.

An der Schwelle: Katharsis oder Katastrophe?

Bei der Frage um den Fortbestand unserer Demokratie geht es schon lange nicht mehr um kosmetische Korrekturen, sondern um die Systemfrage. Wenn die Substanz von Demokratien aufgebraucht ist, können sie auch ohne äußere Bedrohungen erodieren und von innen her ausbrennen. Eine Bestandsgarantie gibt es jedenfalls nicht; sie ist kein Perpetuum mobile. Das zu beklagen alleine wäre nur vergossene Milch. Einmal als Schläfer erwacht, sollten wir uns darüber Sorgen machen, ob wir uns nur in einer temporären Krise befinden oder möglicherweise schon den Kipppunkt einer »Runaway World« (Anthony Giddens) verschlafen haben, wonach alles möglich ist, auch dass »alle unsere Errungenschaften wieder zerstört« werden (Dahrendorf 2007, 20); eine davon ist unsere Demokratie. Ziel unserer Betrachtungen ist darum, ausfindig zu machen, wie weit der schlafwandlerisch schleichende Prozess der inneren Aushöhlung und Erschöpfung unserer Demokratie bereits fortgeschritten ist. Die Frage lautet also: Krise mit Katharsis oder Kipppunkt mit Katastrophe?

Hybris »Hyper«

Das Wort Krise stammt bekanntlich von dem griechischen »krinein« und bedeutet entscheiden. Wenn sich in der Fieberkrise die Genesung entscheidet, dann taugt diese Metapher kaum mehr für unseren desolaten Zustand, denn seit Jahrzehnten sind die Begriffe Krise, Konflikte und Katastrophen im inflationären Gebrauch und die korrespondierenden Befindlichkeiten der Unübersichtlichkeit und Unsicherheit sind uns zum Arbeitsmodus einer »beschleunigten Katastrophendrift« (Sloterdijk 2016, 12) geworden. So viel Krise wie heute, wie Klimakrise, Wertekrise, Finanzkrise, Kulturkrise und Bildungskrise, war gefühlt wohl noch nie. Das Gefühl, im permanenten Ausnahmezustand zu leben, spiegelt sich auch in unserem Sprachgebrauch wider, und so ist das Wort »Krisenmodus«, dem Zeitgeist entsprechend, zum Wort des Jahres 2023 gewählt worden. Der kurzfristige Gewinn der Angstreduktion, indem man auf Gewöhnung setzt, wird mit dem langfristigen Verlust an Motivation erkaufte, die es politisch und gesellschaftlich bräuchte, wenn man Menschen und Bürger für notwendige Reformen gewinnen will, die für alle sehr anstrengend und mitunter sogar schmerzhaft sein werden. Auf der theoretischen Rückseite dieses Janusgesichtes der Krise steht »Post«, denn so viel »Post« wie heute, wie Posthistoire, Postmoderne, Postmaterialismus, Posthumanismus und Post-

kapitalismus, war gefühlt wohl auch noch nie. Als lesender Denkarbeiter fragt man sich, wie eigentlich das »Post« nach der Postmoderne aussehen mag. Zu vermuten ist, dass es wie das »Prae« vor einem Praeludium sein wird. Man möchte aber gerne hinzufügen wollen: Wer zu verstiegene weltgeschichtliche Ansprüche stellt, darf nicht enttäuscht sein, wenn er über die Propyläen nicht hinauskommt. Ihm würde es wie Franz Kafkas Mann vor dem Tor des Gesetzes ergehen, denn erst hinter dem Tor, also jenseits der Türschwelle, würde sich zeigen, was und wozu entschieden wurde.

Unser vorläufiger Befund an der Schwelle lautet derweil, dass wir unter einer pathologisch gewordenen Pleonexia des »zu viel« leiden. Unser Verlangen nach »mehr von allem«, wie eine Werbung verspricht, macht die Hybris unseres Zeitgeistes aus. Unsere postmoderne Vermessenheit liegt in der Maßlosigkeit, im Verlust von Maß und Mitte. Bei vielen Phänomenen der Postmoderne handelt es sich im Wesenskern also um eine Hyperpolarisierung; sie ist darum auch »das Zauberwort, mit dem man den Paradigmenwechsel erschließen kann« (Thomä 2003, 51). Was in der Moderne gestaltpsychologisch noch als allzu flügelahme Ente des Fortschritts wahrgenommen wurde, entpuppt sich in der Postmoderne als bissigböses Kaninchen des Wachstumswahns. Mit der Überwindung des Unverfügbaren haben wir zugleich die Unverfügbarkeit der Folgen aus dem Hut gezaubert. »Hyper« ist das »Sesam öffne dich« unserer Befindlichkeiten, und wenn »die Vorsilbe ›Post‹ der Spitzname der Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts war, so wird sie nun abgelöst durch die Vorsilbe ›Hyper‹« (ebd.). Darum werden wir das Phänomen »Hyper« als roten Faden unserer Analysen nutzen.

Vom Schwindel des »Schwindels der Freiheit«

Zu der apokalyptischen Partystimmung passt im Gegenzug ein dandyhaft gepflegter Pessimismus, denn so wenig Zukunft wie heute war gefühlt wohl auch noch nie: »no future«, »the day after«, »last generation«, »extinction rebellion«. Der nicht abschwollen wollende Bockgesang der Antiquiertheit gehört inzwischen zum Mantra des barocken Lifestyle einer »entfesselten Lebengier« (Peter Sloterdijk). Wer mit oder ohne Katerstimmung auf die objektiven Daten schaut, der muss freilich noch etwas anderes zugestehen: So viel Sicherheit und so viel Wohlfahrt wie heute waren auch noch nie. Wie passt das zusammen? Nun, dieses psychologische Paradoxon erklärt sich durch unsere zunehmende Sensibilisierung für Restrisiken. Bei so viel Versicherung(en), wie wir sie in Anspruch zu nehmen gewohnt sind,

muss jedes aufgewirbelte Staubkorn bereits zum »Sand im Getriebe« und zu einem extremen Restrisiko werden. Es gilt, staatliche Abwehrmaßnahmen zu mobilisieren und das Haftungsportfolio von Versicherungen zu erweitern. Wir sind offensichtlich durch zu viel therapeutische Bevormundung und staatliche Betreuung hypersensibilisiert worden und haben fatalerweise gelernt, den befreienden »Schwindel der Freiheit« (Sören Kierkegaard) irrtümlicherweise als verunsichernden Schwindel zu erleben. Derart taumelnd wollen wir nur noch sicheren Boden unter unsere Füße bekommen. Das erinnert an Fjodor Michailowitsch Dostojewskis Legende vom Großinquisitor und seine bitterböse Wahrheit über unseren erkalteten Humanismus. Die von uns einseitig falsch verstandene Logik der Freiheit mündet in dem Anspruch: Wir wollen nicht für uns und für die anderen sorgen, sondern die anderen sollen sich um uns sorgen. Damit korrespondieren nicht zufällig die volkspädagogischen Attitüden eines zunehmend paternalistisch agierenden Etatismus. Insofern gründet die eigentliche Krise der Demokratie womöglich im demokratischen Staat selbst, der »wächst und wuchert und sich selbst (beschädigt), indem er den freien Bürger einschnürt, ihm Autonomie und Selbstverantwortung abnimmt« (Gumbrecht/Scheu 2021, 45).

Die besorgte väterliche Hand des guten governmentalistischen Staates begnügt sich heute nicht mehr mit einem »kuratierten Regieren« (Korte 2021, 25) im Ausnahmezustand der »Coronokratie«. Die sichtbar gebende, nehmende, überwachende und strafende Hand reicht mittlerweile bis tief in den privaten Lebensstil hinein und schreibt uns mit unsere Mündigkeit beleidigenden Ampelfarben vor, ob und wie viel Zucker und Fett wir essen sollen, wie und womit wir heizen dürfen, wie oft und wie lange wir zu duschen haben, mit welchem Antrieb wir uns fortbewegen sollen, wem wir zuhören und wen wir nicht ausreden lassen dürfen. In unseren Vorgärten dürfen keine Steine mehr herumliegen und nur noch endemische Pflanzen wachsen, die man in Dürrezeiten der kommenden Heizeiten freilich nicht mehr wird bewässern können und dürfen. Wenn von radikalen Verfechtern des »Parlaments der Dinge« (Bruno Latour) Rechte für die Natur gefordert werden, so wäre in Richtung der allzu (Be)Sorgenden zu fragen, wo hier das Grundrecht auf Migration für Pflanzen bleibt – vermutlich auf der Strecke. Multikulti soll sein, Multinatura ist trotz Credo zur Artenvielfalt tabu. Wo stünde unsere Küchenkultur heute, wären nicht vormals Mais, Basilikum und Tomate eingewandert? Wenn am Ende nur noch deutsche Eichen auf deutschem Boden gepflanzt werden dürfen, könnte man das mit Verlaub auch einen verkappten »Artennationalismus« schimpfen. Der Staat zeigt, ganz auf der Linie der neuen Governmentalitäts-Philosophie liegend, neue

Formen des panoptischen Voyeurismus, indem er sich für alles Private seiner Bürger interessiert. Selbst bei dem, was in Ehebetten passiert, will er wissen, ob die hier tagtäglich stattfindenden Täuschungstragödien als einvernehmliche Spiele anzusehen sind. Wer juristisch auf der sicheren Seite sein will, so würde Jonathan Swift ironisch anmerken, sollte prophylaktisch eine vertragliche Vereinbarung treffen und das theatralische Lustspiel per Dashcam gerichtsfest dokumentieren.

Wenn alles Private politisch wird, ist am Ende alles Politische nur noch privat, also im klassischen Sinne »idiotisch«. Der Verdacht drängt sich auf, dass mit der pseudoliberalen Politisierung des Privaten die gleichzeitig stattfindende neoliberale Privatisierung der Politik im Bereich der klassischen Staatsaufgaben, nämlich die Daseinsvorsorge seiner Bürger zu sichern, klammheimlich kaschiert werden soll. Das passt zum allgemeinen Trend des Outsourcens. Banken lassen beispielsweise ihre Kunden, nachdem sie mit Gebührenfreiheit angelockt und angeleimt wurden, die Backoffice-Arbeit per Telebanking selber erledigen und kassieren dafür trotz steigender EZB-Zins-Leitsätze nach wie vor überhöhte Kontoführungsggebühren, wiewohl sie gleichzeitig Personal abbauen und Filialen schließen. Der Staat, nicht weniger smart, lässt nicht seine Finanzbeamten mit Katasterämtern kooperieren, sondern fordert seine Bürger auf, selber alle Daten zur Grundsteuererklärung zu evaluieren und zu dokumentieren. Wer die steilen Regulierungs- und Sanktionierungsthesen des aktuellen Sondergutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen liest, das dazu auffordert, auch das Umweltverhalten der Nachbarn zu überwachen und zu dokumentieren, bekommt einen Vorgeschmack auf das, was an Bevormundung noch alles ins Haus stehen könnte. Freiheit und Eigenverantwortung von mündigen Bürgern sahen einmal ganz anders aus. Eine Demokratie lebt aber nicht zuletzt von der Vision von Freiheit und Gemeinschaft. Erlischt in ihr das Feuer der Freiheit, dann stirbt sie ab. Insofern besteht die eigentliche Gefahr für eine jede Demokratie darin, dass sie benutzt werden kann, um sich selbst abzuschaffen. Ein überzeugter Demokrat muss sich aber gegen jede Form der Bevormundung zur Wehr setzen und sich an der Schwelle zur Selbstabschaffung auch dazu entschließen können, »gegen die Mehrheit Demokrat zu bleiben« und für die Freiheit einzustehen oder aber, und das wäre dann die pessimistische Alternative, »sich selbst aufzugeben« (Schmitt 2017, 37).

Die zwei Gesichter des »Wei Ji«

Die Chinesen kennen bekanntlich zwei Schriftzeichen für Krise, »Wei Ji«, die für Risiko und Chance stehen. Mit chinesischen Augen sehend müssten wir, ein Ergebnis unserer weiteren Betrachtungen vorwegnehmend, aus dem seichten Brackwasser eines selbstzufriedenen »Demokratismus« (Botho Strauss) heraus und zurück in das tiefe Fahrwasser einer lebendigen Demokratie. Demokratie ist eben nicht die schlechteste aller Regierungsformen und mangels Alternative das kleinere Übel, wie von dem ehemaligen Premierminister Winston Churchill behauptet und von allen nachgebetet wurde, sondern die beste Chance auf Ermöglichung von individueller Freiheit, gleichberechtigter Mitwirkung und gemeinwohlorientierter Gerechtigkeit. Demokraten haben also die Wahl: Sie können sich als Zuschauer beklagen, »alles ist ein Haschen nach Wind« (Kohélet), oder sich als Bürger engagieren und die eigene Zukunft selbst in die Hand nehmen. Wenn die Glücksforschung Recht haben sollte, wird man dabei sogar darauf hoffen können, auf diesem Wege sein Glück zu machen.

Einblick in den theoretischen Instrumentenkasten

Bevor wir mit unseren Analysen einsetzen, gebietet es die Redlichkeit gegenüber dem Leser, dass wir unser theoretisches Rüstzeug über die Art, wie wir Phänomene verstehen und deuten werden, offenlegen und darüber hinaus auch einige Hinweise zum Aufbau dieser Streitschrift geben. Wir stützen uns zum einen auf den Theoriekomplex, der mit der Metapher des »Homo compensator« verbunden ist. Danach haben wir es gestalthaft mit einem Verhaltensmuster der Kompensation zu tun, was als evolutionäre Antwort auf den anthropo-biologischen Befund, wir seien aufgrund unserer Unspezialisiertheit im Vergleich zu anderen Lebewesen Mängelwesen (Johann Gottfried Herder/Arnold Gehlen), verstanden werden kann. Es geht dabei um Funktionen der Anpassung und des Ausgleiches von Defiziten durch Ersatz- und Entlastungsleistungen. Ein solcher Vergleich hinkt zugegebenermaßen, denn wir können ihn ja nur anstellen, weil wir trotz oder gerade wegen der beklagten Mängel so erfolgreich überlebt und den blauen Planeten als weltoffener »Spezialist der Unspezialisiertheit«, dem Kompensationstechniken zur zweiten Natur geworden sind, erobert haben. Er kann uns freilich heuristische Dienste leisten und als »geschichtsphilosophische Kategorie« (Marquard 1989, 66) weiterhelfen. Wir haben mit ihm nämlich einen Schlüssel in der Hand, der uns das Verständnis für unser

Selbstverständnis und für bestimmte strukturelle Verhaltensweisen aufschließt. Da die Crux der Kompensation im fehlenden absoluten Maß des Vergleiches liegt, enthält sie, kombiniert mit einem »Antriebsüberschuss« (Arnold Gehlen), sui generis die Gefahr, über das Ziel hinauszuschießen und pathologische Fehlformen (Alfred Adler/Sigmund Freud) oder Hyperkompensationen hervorzubringen. Die wiederum können sich rückwirkend kontraproduktiv und selbstzerstörerisch auf das Individuum, die Gesellschaft, eine Demokratie und letztlich auf das Überleben der Spezies »Homo sapiens« auswirken. In der Hybris seiner Maßlosigkeit kann der zu Gott werden wollende Prothesen-Gott »Homo compensator« das Schicksal von Luzifer ereilen und zu Fall kommen. Diesen anthropo-biologischen Ansatz kombinieren wir mit dem Erklärungsansatz der kognitiven Dissonanz (Leon Festinger). Wir wissen, Menschen wollen gerne konsistent leben, sogar mit der eigenen Unvernunft. Wir alle kennen nicht nur Raucher, die die brutale Krebswarnung auf der Packung ganz cool ignorieren und genüsslich ihren Sargnagel paffen, sondern auch Ökofundamentalisten, die von einer Klimakonferenz zur Rettung der Menschheit zur nächsten hetzen, und das selbstredend per Flugzeug. Das innere Unbehagen über die gespürte Inkonsistenz zwischen Denken und Handeln will und muss reduziert, besser noch ausgleichend kompensiert werden.

Zu den bisher erforschten Kompensationstechniken zählen die Verhaltensänderung, die selektive Informationssuche, die Rationalisierung oder die Reorganisation. Bei extremer Dissonanzerfahrung braucht es zuweilen auch Hyperkompensationen. Wer beispielsweise gerne wild wuchernden Verschwörungstheorien anhängt, der wird bevorzugt diejenigen Menschen aufsuchen, die das Gleiche denken. So entstehen via Social Media die berühmten Echokammern. Wir werden im Aufspüren der Erscheinungsformen der Unvernunft noch vielen solchen Hyperkompensationen begegnen. Ferner stützen wir uns ab auf die Theorie der Homöostase (Walter B. Cannon) und die Erkenntnisse der Systemtheorie, wonach offene Systeme per Rückkopplungen das innere System in einem dynamischen Gleichgewichtszustand halten. Weitere charakteristische Merkmale solcher Systeme sind Komplexität, zeitliche Trägheit, exponentielle Dynamik (Kettenreaktion, Dominosteintheorie, bandwagon effect), aber auch tipping points (Kippunkte), die aufgrund hoher Anfälligkeit gegenüber äußeren Störfaktoren (Hyporesilienz) zum Kollaps führen können (Jared Diamond). Es gibt literarische Beispiele, wie das vom Webstuhl (Hermann Kasack), und historische Beispiele, wie das von den Osterinseln, die zeigen, wie ideologische Verblendungen in die Katastrophe führen. Inzwischen kennen wir weitere Beispiele aus dem Wirkungsbereich des Klimawandels für solche Kipp-

punkte, etwa mit Bezug auf Subsysteme wie Regenwälder, Permafrostböden, Korallenriffe, Eisschilde oder Meeresströmungen. Die meisten Lebewesen nutzen solche homöostatischen Systeme gerne auch dazu, um ihre physische Integrität aufrechtzuerhalten. Hinzu kommt notwendigerweise ein Immunsystem, um sich gegen Noxe zu schützen.

Dieses Modell wollen wir soziobiologisch zum Verständnis der Stabilität und Wehrhaftigkeit einer Demokratie als offenes System nutzen. Die erste Lehre, die wir daraus vorab schon einmal ziehen können, betrifft die Dramaturgie der ablaufenden Prozesse. Schon die Gestaltpsychologie der Leipziger Schule hatte mit ihren berühmten Kippfiguren nachgewiesen, dass wir den Peak als Gestaltwandel erst wahrnehmen, wenn er eine andere Qualität angenommen hat. Die politisch brandgefährliche Dimension dieses Phänomens liegt zum einen darin begründet, dass wir schleichende Entwicklungen, wenn überhaupt, unterbewerten und viel zu spät, nämlich erst dann erkennen, wenn wir die Schwelle des »point of no return« bereits überschritten haben (»hot frog«-Effekt) und die Uhren »dreizehn« (George Orwell) schlagen. Zum anderen tun wir uns schwer damit, unser Verhalten in der Gegenwart an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Das gilt in besonderem Maße für den Fall, wenn man uns abverlangen würde, dass wir unseren verschwenderischen und gegenüber den Ländern des Globalen Südens zutiefst ungerechten Lebensstil ändern und (Trieb)Verzicht leisten sollen. Erschwerend kommt bei diesem Ansinnen hinzu, dass uns dabei bewusst sein dürfte, dass die positiven Wirkungen sich wahrscheinlich erst viele Jahrzehnte später auszahlen würden. Im schlimmsten Fall müssten wir in der Zeit, wo wir Verzicht üben, an den Folgen unseres Versagens in der Vergangenheit sogar noch schmerzhafter leiden. Derartige Zumutungen sind politisch natürlich schwer zu vermitteln. Als Gewohnheitstiere sind wir zudem mehr daran gewöhnt, zumal es auch so bequem ist, uns an fast alles zu gewöhnen. Obenauf kommt unsere Arroganz. Wir sehen uns mehr denn je als die Spitze der Evolution und den Gipfel der Intelligenz. Insofern kommen uns Zweifel, ob wir uns jenseits der Ebene von unterhaltsamer Science Fiction, wie in *12 Monkeys*, überhaupt ernsthaft »mit der Gefahr eines weltweiten Niederganges auseinandersetzen« (Diamond 2005, 640) wollen und können. Die Pointe an dieser Verblendung liegt darin, dass unser Verhalten zwar nicht vernünftig, aber durchaus sehr rational ist, nämlich »gut für mich, schlecht für dich und alle anderen« (ebd., 527). Unser Herdentrieb sorgt im Übrigen dafür, dass wir alle, konform wie die Lemminge, dieser Doktrin folgen. Man muss nicht mit James Lovelocks esoterischer Gaia-Saga an eine sich selbst regulierende »Daisyworld« und eine anthropomorphisierte »Mutter Erde« glauben, als

deren Kinder wir sozusagen pubertär über alle Strenge geschlagen haben und jetzt mit aus dem Eis befreiten »Urtieren« aus Alfred Döblins Albträumen dafür bestraft werden, um einsichtig zu werden und Besserung zu geloben. Das gilt auch für die genetisch determinierte »Verwundbare-Welt-Hypothese« (Bostrom 2020, 21), wonach das Ende jeglicher Zivilisation lange vor dem astrophysikalisch unvermeidlichen Hitzetod unseres Blauen Planeten naht. Würde man nämlich solchen Theorien Glauben schenken, spielten politische Betrachtungen über Kippunkte überhaupt keine Rolle, denn danach würde das Thema der aufziehenden Heißzeit irgendwann per se ein politisch erkaltetes Eisen der Vergangenheit sein und die Menschheit müsste sich, Demokratie hin oder her, fatalistisch mit dem Gedanken eines echten Finales anfreunden.

Schichtenbohrungen: Anleitungen zum Aufbau der Analysen

Wenn wir der Krise unserer Demokratie auf den Grund gehen wollen, dann müssen wir unvermeidlich tiefer bohren. Das heißt, wir müssen auf ihren Grund zurückgehen, denn wenn das Fundament brüchig ist, kann auch ein noch so solides Haus nicht nachhaltig bestehen. Diesen Weg zu beschreiten bedeutet, man kommt an dem berühmten »Böckenförde-Theorem« nicht vorbei. Es war der historische Kontext der Säkularisation, die Verabschiedung absoluter Wahrheits- und Wertansprüche, die Trennung von Politik und Religion, von ordnungsstiftender Methodik und werteschaaffenden Inhalten, der den Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde motiviert hatte, die Frage zu stellen, woraus ein Staat lebt, in dem sozusagen nichts mehr heilig ist. Ihm ging es um »die ihn tragende, homogenitätsverbürgende Kraft und die inneren Regulierungskräfte der Freiheit, deren er bedarf, nachdem die Bindungskraft aus der Religion für ihn nicht mehr essenziell ist und sein kann« (Böckenförde 2019, 111). Seine Antwort auf diese Fragen wurde zu einer Beschwörungsformel in Sonntagsreden von Politikern, freilich zu oft in durchsichtiger instrumenteller Absicht und zu meist im Dienste der eigenen Sache: »Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er um der Freiheit willen eingegangen ist« (ebd., 112).

Eine Analyse der geistig-moralischen Grundlagen zu leisten erscheint mir ein politisch zu weites und ideologisch zu vermintes Feld der altbekannten Debatte um eine sogenannte »Leitkultur« zu sein; dieses Terrain ist zudem mit Metaphysik und Lebensweltanschauungsphilosophie verseucht. Diesbezüglich teilen wir mit Jürgen Habermas die bescheidenere Auffas-

sung, dass das einigende Band »der demokratische Prozess selbst« (Habermas/Ratzinger 2007, 24) ist. Unser Weg geht darum in die entgegengesetzte Richtung. Wir wollen das Böckenförde-Theorem auf den Kopf stellen und nach den Voraussetzungen fragen, welche die Demokratie selber schaffen und sichern muss, wenn sie sich nicht abschaffen will. Ich werde mich in dieser Streitschrift in einem ersten Schritt auf drei konstitutive Subsysteme konzentrieren, die für den Fortbestand einer Demokratie systemisch unverzichtbar sind, aber nur dann, wenn sie gegenüber dem Primat der Politik eine rein dienende Funktion erfüllen. Dazu gehören die Subsysteme Wirtschaft, Technik und Bildung. Während Ökonomie und Technik in den Dienst der Daseinsvorsorge gestellt werden müssen, ohne deren Sicherstellung eine Demokratie schwerlich überleben können, kommt der Bildung eine Sonderrolle zu, weil die Demokratie, wie Oscar Negt einmal treffend bemerkt hat, die einzige Staatsform ist, die gelernt werden muss. Ohne Erziehung zur Mündigkeit, insbesondere zur Herausbildung von politischer Urteilskraft, würde eine Demokratie zu einer Demokratie ohne Demokraten verkommen. Kehrt sich im Verhältnis der Politik zur Ökonomie und zur Technik das System-Verhältnis von Koch und Kellner, Master & Slave um, wird die »res publica« zu einer rein rationalen Angelegenheit von Tauschgeschäften und Algorithmen. Wir laufen Gefahr, zu Phöniziern zu werden, die alles, nur nicht die Römer, auf ihrer Rechnung stehen hatten.

In einem folgenden eingeschobenen kleinen Exkurs, der von nicht an philosophisch spitzfindigen Fragen interessierten Lesern getrost übersprungen werden kann, geht es mir um den Aufriss der postmodernen Gegenauflklärung, die für die Erosion von Vernunft und Wahrheit und eine für die Demokratie gefährlich »romantische Politik« (Rüdiger Safranski) verantwortlich gemacht werden kann. Gegen den falschen Geist eines Jean-Jacques Rousseau möchte man in dieser causa lauthals ausrufen: *Retour de la raison!*

In einem zweiten Schritt geht es in dieser Streitschrift um die Analyse von antidemokratischen Strömungen im Wechselspiel der politischen Jet-Streams, wie den Populismus und den Moralismus, die, wenn sie obsiegen, nicht nur die politische Kultur vergiften, sondern Statik und Strukturen unserer Demokratie angreifen, um sie von innen her kapern zu können.

In einem weiteren Schritt stoßen wir dann endlich in den Nukleus der Demokratie vor und unterziehen ihre Institutionen und Verfahren einem Faktencheck der Funktions- und Leistungsfähigkeit. Wollen wir einer politischen Kernschmelze vorbeugen und verhindern, dass die Substanz unserer Demokratie aufgebraucht wird, sie von innen her ausbrennt und die Lichter für immer ausgehen, so wird das Fazit unserer Analysen lauten, braucht es einen Energie-Booster der Re-Demokratisierung.

Im letzten Teil der Streitschrift beschäftigen wir uns mit der prinzipiellen Zukunft und Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie. Wir wählen dazu das Format dramatisch zugespitzter Zukunftserzählungen im Modus eines lernenden Möglichkeitssinnes. Wir werden hypothetisch der Frage nachgehen, ob und in welcher Form in bestimmten denkbaren Zukünften überhaupt noch Platz für Demokratien wäre. Vor dem Hintergrund dieser pluralen Zukünfte wird es abschließend um Notwendigkeit und Möglichkeit von »democracy reloaded« und Reinventing gehen. Anerkennend, dass es keine Reset-Taste für Demokratien aus dem 3D-Drucker gibt, so wie man auch verlorene Welten nicht wie einen »Jurassic Park« ein zweites Mal entstehen lassen kann, wird auf diese Frage in der gemischten Tönung eines Giuseppe Tomasi Fürst von Lampedusa zu antworten sein: »Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss sich alles ändern.« Es erscheint mir nicht undenkbar, dass eine Demokratie einen Zustand erreichen kann, wo ihre Wehrhaftigkeit in der Einsicht besteht, dass sie sich ganz neu erfinden, das heißt ihrem Markenkern Freiheit und Zukunftsoffenheit eine neue Form geben muss. Lösungswege hierfür aufzuzeigen, das wäre ein ganz anderes Paar Schuhe und eine weitere Streitschrift wert. Diese kann und werde ich, das sei vorweg gesagt, nicht schreiben, und das nicht aufgrund von irgendwelchen praktischen Erwägungen, sondern weil das der inneren Logik meines Demokratieverständnisses widersprechen würde. Die Wiederbelebung des Kerns und darauf abgestützt eine Neuerfindung der Demokratie kann nicht vorgeschrieben, sondern muss von den Bürgerinnen und Bürgern selbst geschrieben, gelesen und vor allem von allen gelebt werden. Eines scheint mir dabei indes gewiss zu sein: Solche Schuhe müssten maßgerecht geschustert sein und von allen getragen werden können, ansonsten würde das utopische Märchen von der Demokratie nicht mit der üblichen Zeile von Grimms Hausmärchen enden »und wenn sie nicht gestorben sind, ...«, sondern mit dem apokalyptischen Abgesang von The Doors: »This is the end! Beautiful friend!«